



Neuerungen »im Geiste der Reform«

von Patrick Ziegenhain

In Indonesien hat die Sondersitzung der Beratenden Volksversammlung (SI MPR) Mitte November Verfassungsreformen und Gesetzesänderungen beschlossen, die den Demokratisierungsprozeß im Land weiter voranbringen sollen. Patrick Ziegenhain analysiert und bewertet die Ergebnisse der Sondersitzung.

Das höchste gesetzgebende Verfassungsorgan der Republik Indonesien, die »Beratende Volksversammlung« (MPR), die normalerweise nur alle fünf Jahre zusammentritt, traf sich vom 10. bis 13. November 1998 bereits zum zweiten Mal in diesem Jahr. Wer sich noch an die erste Sitzung im März dieses Jahres erinnert, an die langatmigen und nichtssagenden Reden, an die einstimmige Zustimmung zur Wiederwahl Suhartos auf weitere fünf Jahre und an die Ignoranz, mit der die MPR-Mitglieder die damals schon dringenden wirtschaftlichen und politischen Probleme ignorierten oder zumindest so taten, der konnte den Glauben daran verlieren, daß dieses Gremium jemals dazu in der Lage wäre, grundlegende politische Reformen einzuleiten.

Etwas mehr als ein halbes Jahr ist vergangen, und es sind fast ohne Ausnahme noch immer die selben Menschen wie im März, die sich in der Volksversammlung befinden. Mehr als die Hälfte ist noch vom ehemaligen Präsidenten Suharto persönlich ernannt worden, und nun sollen sie über das weitere politische Schicksal Indonesiens entscheiden.

Hohe personelle Kontinuität im MPR, doch die politische Lage in Indonesien hat sich seit März dramatisch verändert. Die anhaltende Wirtschafts- und Währungsfrage hat die seit Jahren bestehende Forderung

nach Demokratisierung des Landes enorm verstärkt. Gleichzeitig mit dem Bedeutungszuwachs der Pro-Demokratie-Bewegung kam es zu einem Machtverlust der regierenden Eliten der *Orde Baru*, deren Legitimität zunehmend in Frage gestellt wird. Reformkräfte innerhalb der Machteliten wie der derzeitige Präsident B.J. Ha-

nisten mit prominenten Vertretern der politischen Opposition sogenannte »Runde Tische«, um gemeinsam eine neue Verfassung sowie die weiteren Schritte des Demokratisierungsprozesses zu erarbeiten. Dieser so entstandenen Konsens war entscheidend für den friedlichen Charakter des Systemwandels sowie die Nachhaltigkeit der Transformation der politischen Systeme.

Im Demokratisierungsprozeß in Indonesien des Jahres 1998 jedoch wird der Versuch unternommen, eine Reform des Systems »von oben« durchzuführen. Dies ist zwar der verfassungsgemäße Weg, doch sind Vertreter der Opposition nicht an der Ausarbeitung und Formulierung der zukünftigen politischen Verfassungsstrukturen beteiligt. Ihnen bleibt derzeit nur die Möglichkeit, ihre Ansprüche in der Öffentlichkeit, via Demonstrationen und in Manifesten, zu artikulieren.

Auf der einberufenen Sondersitzung (*Sidang Istimewa*) des MPR, die vom 10. bis zum 13. November stattfand, bestand nun Einigkeit unter den alten und derzeit noch regierenden Eliten, »im Geiste der Reform und der Demokratisierung« Verfassungsänderungen und -ergänzungen durchzuführen, um den nach dem Rücktritt Suhartos ver-



Vier wichtige Personen für politische Reform (v.l.n.r.: Abdurrahman Wahid, der Sultan von Yogya, Megawati Sukarnoputri, Amien Rais) trafen sich in Ciganjur.

bible versuchen nun, längst überfällige Veränderungen im politischen System durchzuführen.

Die Reform soll von oben kommen

In den Demokratisierungsprozessen in Osteuropa des Jahres 1989 bildeten die regierenden und mehr oder weniger reformwilligen Kommu-

aus: AW v. 27.11.1998, S. 47

Der Autor ist Politikwissenschaftler und im Asienhaus tätig.

änderten politischen Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Gleichzeitig sollten die Grundlagen für die im nächsten Jahr anstehenden ersten freien Wahlen seit 1955 geschaffen werden. Es wurden fünf Kommissionen ins Leben gerufen, die sich jeweils aus Vertretern der fünf im *MPR* vertretenen Fraktionen zusammensetzten. Hierzu zählen die Fraktion *Golkars*, der *PDI*, der *PPP* und des Militärs (*ABRI*) sowie der »Vertreter der Regionen« (*F-UD*).

Veränderungen und Beschlüsse

Die schließlich am Abend des 13. November von Harmoko, Vorsitzenden des *MPR*, als Ergebnis der Verhandlungen bekanntgegebenen Beschlüsse sahen bedeutende Veränderungen innerhalb der bisherigen politischen Ordnung vor:

Die Amtszeit des Präsidenten und seines Vertreters wurden auf zwei Wahlperioden (von derzeit fünf Jahren) festgelegt. Diese Höchstdauer zur Ausübung des wichtigsten politischen Amtes im Staat, die beispielweise in der amerikanischen Verfassung 1945 eingeführt wurde, in der Bundesrepublik Deutschland aber nicht vorgesehen ist, richtet sich eindeutig gegen den ehemaligen Präsidenten Suharto, der ja bekanntlich dieses Amt über 30 Jahre bekleidete. Im gleichen Sinne zu sehen ist der Beschluß, die präsidentiale Machtfülle zu beschränken. Das entsprechende Gesetz, das dem Präsidenten bislang »spezielle Befugnisse« verlieh, »den Erfolg und die Sicherung des wirtschaftlichen Aufbaus zu gewährleisten«, wurde ersatzlos gestrichen.

Diese beiden Änderungen sollen verhindern, daß der neue Präsident jahrzehntelang nahezu uneingeschränkt herrschen kann. Die *MPR*-Abgeordneten verabschiedeten ebenfalls ein Gesetz zur Ämtertrennung. Hohe Posten im *MPR* werden zukünftig von den obersten Staatsämtern getrennt vergeben. Dies soll übermäßige Machtanhäufung in den Händen einer Person unterbinden und damit verbundene Machtmißbrauch verhindern.

Das Militär und die Menschenrechte

Eine andere wichtige politische Kraft, die ebenfalls sehr entscheidend für Erfolg beziehungsweise Mißerfolg des Demokratisierungsprozesses ist, blieb hingegen nahezu unangetastet: Das Militär (*ABRI*), das seit der Orde Baru maßgeblichen politischen Einfluß hat und auch im Parlament (*DPR*) beziehungsweise dem *MPR* direkt vertreten ist. Vier der insgesamt fünf Fraktionen befürworteten den weiteren Verbleib des Militärs im Parlament, wenngleich die Zahl der Vertreter auch schrittweise abgestuft werden soll. Einzig die Fraktion der islamischen *PPP* (*Ver-einigte Entwicklungspartei*) stimmte für einen sofortigen Ausschluß der Streitkräfte (siehe dazu Artikel »Diskussionen zwischen Jakarta und Ciganjur« in dieser Ausgabe). Trauten sich die anderen nicht, oder sind sie nach wie vor von der politischen Aufgabe *ABRI*s überzeugt?

Zum Thema Grund- und Menschenrechte hingegen wurden einige positiv zu wertende, wenn auch nicht



General Wiranto mit einem Marine

ausreichende Beschlüsse vom *MPR* gefaßt. Ein Umdenken in der Menschenrechtsproblematik (*HAM*) konnte immerhin festgestellt werden, auch wenn in der Realität noch vieles im Argen liegt. Die Abschaffung des berüchtigten P4-Beschlusses, der 1978 die Bevölkerung zum »vollen Verständnis und zur Umsetzung der *Pancasila*« anleitete, ist ein wichtiger Schritt zur Umsetzung der Meinungs- und Gewissensfreiheit.

Auch im Bereich Dezentralisierung wurde von einer Kommission

des *MPR* ein Katalog zur Aufstockung regionaler Eigenkompetenzen vorgelegt, was von entscheidender Bedeutung ist, um Unruhen und Separationsbestrebungen angesichts jahrzehntelanger javanischer Bevormundung und der katastrophalen wirtschaftlichen Lage gerade in Ostindonesien zu verhindern.

Unzufriedene Opposition

Den indonesischen Studenten und anderen Vertretern der Opposition gehen diese Beschlüsse jedoch nicht weit genug. Lautstark kritisiert wurde vor allem, daß *ABRI* weiter als mächtige politische Kraft tätig sein darf. Vermißt wurden weiterreichende Beschlüsse zur Bekämpfung von Korruption, Filz und Vetterwirtschaft (*KKN*). Nachdrücklich wurde ein unabhängiges Gerichtsverfahren gegen den ehemaligen Präsidenten Suharto wegen Amtsmißbrauch sowie persönlicher Bereicherung gefordert. Es kam in Jakarta zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Tausenden von Demonstranten, die sich enttäuscht über die ihrer Meinung nach unzureichenden Reformen des *MPR* zeigten, und den Streitkräften. (siehe Bericht in den Indonesien-Nachrichten).

Aufgrund seiner personellen Zusammensetzung war die »Beratende Volksversammlung« (*MPR*) nicht fähig und willens, radikale politische Reformen einzuleiten. Sie hat jedoch gerade in Hinblick auf die geplanten Wahlen im Mai 1999 in der Tendenz richtige und wichtige Verfassungsänderungen und Weichenstellungen beschlossen. Der weitere Erfolg im Demokratisierungsprozeß Indonesiens wird jedoch zukünftig maßgeblich von der Beteiligung oppositioneller Gruppen und Personen an der Gestaltung des politischen Systems abhängen. Den bisherigen Machteliten, das zeigen die Reaktionen auf die Ergebnisse dieser Sondersitzung deutlich, wird von der Bevölkerung nicht mehr zugetraut, eine vollständige Demokratisierung umzusetzen.

aus: AW v. 27.11.1998, S. 47